

11. März: Austausch zu Innenstadt und Mobilität in Ulm

5. März 2024

Die FDP-Fraktion im Ulmer Gemeinderat lädt alle Interessierten recht herzlich ein zum

Austausch zu Innenstadt und Mobilität in Ulm,

in Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handwerkskammer IHK Ulm.

Sprechen werden

Prof. Dr. Erik Schweickert MdL und Dr. Christian Jung MdL

im Austausch mit Ulmer Unternehmern aus dem Handelsausschuss und dem Verkehrsausschuss der IHK Ulm.

Wann:	11. März 2024
Beginn:	18 Uhr
Ort:	Haus der Wirtschaft, IHK Ulm, Olgastraße 95-101,
	Siegfried-Weishaupt-Saal im 7. OG.

Im Anschluss zum Austausch wird es reichlich Zeit für Zuschauerfragen geben. Moderieren wird Erik Wischmann, Fraktionsvorsitzender der Ulmer FDP-Gemeinderatsfraktion.

Wir freuen uns auf ihr kommen.

Mit freundlichen Grüßen

Erik Wischmann, **Ralf Milde,** **Wolfgang Stittrich**
Fraktionsvorsitzender, Stv. Fraktionsvorsitzender, Stv. Fraktionsvorsitzender

Zum Thema

Innenstadt und Stadtentwicklung in Ulm

Die Innenstadt einer Stadt ist das Herzstück, das nicht nur ein wirtschaftliches Zentrum darstellt, sondern auch die Lebensqualität für Einwohner und Besucher prägt. Wir wollen diskutieren, wie wir die Attraktivität und Vielfalt unserer Innenstadt erhalten und stärken können, um sie als lebendigen und einladenden Ort zu bewahren. Dabei geht es unter anderem um Fragen der Stadtentwicklung, des Einzelhandels, der Gastronomie und kulturellen Angebote.

Mobilität in Ulm

Die Mobilität in Ulm ist ein entscheidender Faktor für die Lebensqualität und die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt. Wir stehen vor Herausforderungen im Bereich der Verkehrsinfrastruktur, des Individualverkehrs und der Förderung nachhaltiger Verkehrsmittel wie Radverkehr und öffentlichem Nahverkehr. Wir wollen über Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation, zur Reduzierung von Verkehrsstaus sowie zur Schaffung von umweltfreundlichen Mobilitätslösungen diskutieren.

Die Referenten



Prof. Dr. Erik Schweickert

hat ein Studium in Weinbau und Getränketechnologie absolviert. Seit 2008 ist er Professor für Internationale Weinwirtschaft an der Hochschule Geisenheim University. Prof. Dr. Erik Schweickert ist Landtagsabgeordneter der FDP/DVP Fraktion Baden-Württemberg. Er vertritt die Fraktion im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, sowie im Ausschuss für Landesentwicklung und Wohnen



Dr. Christian Jung

hat ein Studium der Geschichte, Germanistik und Politischen Wissenschaft absolviert. 2007 hat er ein Referendariat für den höheren Schuldienst an allgemeinbildenden Gymnasien absolviert. Dr. Christian Jung ist Landtagsabgeordneter der FDP/DVP Fraktion Baden-Württemberg. Er vertritt die Fraktion im Ausschuss für Verkehr, im Ausschuss für Landesentwicklung und Wohnen, sowie im Petitionsausschuss.

FDP-Gemeinderatsfraktion Ulm: Neujahresempfang 2023 mit Andreas Glück MdEP

5. März 2024

Die FDP-Gemeinderatsfraktion Ulm veranstaltete am 6. Januar ihren Neujahresempfang. Zu Gast waren u.a. der erste Bürgermeister Martin Bendel, der Landtagsabgeordnete Michael Joukov und das ehemalige FDP-Gemeinderatsmitglied und der Träger der Reinhold-Maier-Nadel Bruno Waidmann, sowie der Gastredner Andreas Glück – Mitglied des Europaparlaments.

Erik Wischmann, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Ulmer Gemeinderat, eröffnete die Veranstaltung. In Zeiten, in denen Selbstverständlichkeiten wie Frieden in Europa verlorengegangen sind, ist auch Politik nur begrenzt planbar, so Wischmann. Gerade deshalb brauche es Politiker mit Charakter und den richtigen Grundüberzeugungen. Wischmann betonte, dass man auch in Krisen Freiheiten nicht leichtsinnig aufgeben solle. „Freiheiten zu nehmen, geht schnell, sie wiederzuerlangen ist dafür umso schwerer“, so Wischmann. Im Anschluss übergab Wischmann an den FDP-Abgeordneten im Europaparlament Andreas Glück.

Aus der Gas-Abhängigkeit in die Technologie-Abhängigkeit

Andreas Glück begann seine Ansprache mit einem Appell für politisches Engagement. „Dauernd zu motzen, ohne zu versuchen etwas zu verbessern geht nicht.“ Deshalb sei er auch ursprünglich in die Politik und als brennender Europäer auch nach Brüssel gegangen. Glück beschrieb das europäische Parlament als ein junges, modernes Parlament. „Der alte Spruch >>hast du einen Opa, schick ihn nach Europa<< ist nicht mehr zeitgemäß, er spiegelt die Realität in Brüssel nicht wider“, so Glück.

Glück betonte, dass das europäische Ziel der Klimaneutralität ökonomisch und ökologisch erstrebenswert sei. Doch der Weg zur Klimaneutralität sei umstritten: „Während andere den Weg über das Ordnungsrecht gehen wollen – manche Technologien fördern und andere verbieten – wollen wir als Liberale den Weg der Technologieoffenheit beschreiten. Die Politik muss die Rahmenbedingungen setzen und in den Sektoren feste CO2-Grenzen implementieren.“ So Glück. Hierbei lobte er die europäische Praxis des CO2-Zertifikatehandels als ein effektives Instrument.

Gleichzeitig betonte Glück, dass Deutschland sich offener für neue Technologien aufstellen müsse. Neue Züchtungsmethoden seien sicher und werden global bereits angewandt, nur Deutschland bremse vor Ort die Forschung und Anwendung aus. Ebenso sehe es bei der Kernenergie und dem Fracking aus – auf der einen Seite werden diese Technologien in Deutschland nicht oder eingeschränkt angewandt, gleichzeitig werden Energie und Gas aus Nachbarstaaten importiert. „Deutschland muss von seinem hohen Ross der Doppelmoral herunterkommen und sich offen und optimistisch für neue Technologien aufstellen“, so Glück. „Aus der Gas-Abhängigkeit gegenüber Russland rennt Deutschland durch die Einschränkungen in eine Technologie-Abhängigkeit gegenüber China“.

Wir brauchen mehr Technologieoffenheit

Im Anschluss kam es zu einer Fragerunde mit den Gästen. Erik Wischmann beendete die Veranstaltungen mit einem Appell für mehr Technologieoffenheit: „In den 1950ern glaubte man noch, dass sich Indien niemals selbst ernähren könne. Aber ein Wissenschaftler aus den USA entwickelte eine neue Weizenart, welche auch im Klima Indiens wachsen konnte. Norman Borlaug bekam für seine Forschung am Gen des Weizens den Friedensnobelpreis. Als Deutschland sollten wir uns fragen, ob ein solcher Durchbruch heute auch bei uns möglich wäre, ob ein Forscher wie Borlaug auch in Deutschland erfolgreich werden könnte!“



Andreas Glück MdEP bei seinem Grußwort für den Neujahresempfang der FDP-Fraktion Ulm

Rede zum Haushalt 2023 von Ralf Milde

5. März 2024



Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Frau Mann, sehr geehrter Herr Bendel, sehr geehrter Herr von Winning, sehr geehrt Spitzenkräfte der Verwaltung und der städtischen Gesellschaften, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger, soweit welche anwesend sind und wertgeschätzte Presse.

Ich wusste doch, dass auf den Kollegen Eichhorn Verlass ist. Seinen uneitlen und pragmatischen Ausführungen zum Haushalt kann ich im Großen und Ganzen nur beipflichten und damit erspart er mir die Wiederholung des Ganzen, und ich muss Ihnen nicht die Zeit stehlen, und wir kommen schneller an das Weihnachtsbuffet!

Mit einem kleinen Redebeitrag will ich dann doch - in gewohnter Kürze - anlässlich diesem „Haushaltsredenhaltenritual“ beitragen, auch auf die Gefahr hin, nachher beim Essen wie schon 2018 allein am Tisch zu sitzen.

Ich weiß nicht, was stressiger ist, das Erfinden und Formulieren von Verwaltungsvorlagen die hier in diesem Haushalt 2023 gebündelt vorliegen oder das Erfinden und Formulieren von Haushaltsabschlussreden zur Verabschiedung des selbigen?! Mich stresst dieses Verfassen einer Haushaltsrede schon Wochen vorher und verfolgt mich bis in meine Träume. Ja, bis in meine Träume!

Ganz im Ernst!

Es gibt einen wenig respektvollen Umgang mit der Arbeit der städtischen Verwaltung

Da träume ich doch vor ein paar Nächten, dass wir hier alle zur Verabschiedung des Haushalts 2023 versammelt am Ratstisch sitzen. Und als der Oberbürgermeister dann am Ende der zahlreichen und nicht enden wollenden Redebeiträgen der Fraktionsvorsitzenden den Haushalt zur Abstimmung stellt, ist plötzlich niemand von uns dafür, aber alle dagegen!

Und warum! Einfach so! Als Demonstration unserer Macht und Bedeutung als Ratsmitglieder!

Schuld an dieser unsinnigen Träumerei ist der Kollege Ansbacher, der sich in der zweitägigen Haushaltsdebatte gegen die Protest und Ablehnung seines Versuchs noch eine Haushaltsextrawurst zu braten - da war er übrigens nicht der einzige - der sich also mit dem Satz empörte, dass sei schließlich „Königsrecht“ des Gemeinderats! O-Ton.

Mit diesem Bundeskanzler kann man als Sozialdemokrat auch schon mal von der Monarchie träumen. 40 Königinnen und Könige an diesem runden Ratstisch! Das stelle man sich mal bildlich vor.

Aber mal im Ernst!

Gemeinderätliche Macht und Bedeutung leben wir doch das ganze Jahr schon aus! Mit jeder Diskussion und Abstimmung der von der Verwaltung erarbeiteten Verwaltungsvorlagen in den Fachbereichen und in den Vollversammlungen.

Das ist schon ein sehr privilegiertes Unterfangen.

Während die Bürgerinnen und Bürger die Steuern erarbeiten, während die Unternehmen der Stadt die Gewerbesteuern

erwirtschaften, während die Verwaltung Vorschläge erarbeitet, wie all diese Millionen in Reparaturen und andere sinnvolle Projekte gesteckt werden, sind wir es, die Stadträte und -rätinnen, die durch das Heben der Hand, die Umsetzung all dieser Vorhaben, die in diesem Haushalt gebündelt sind, legitimieren und zur Realisierung freigeben.

Das ist doch ganz schön viel Macht und Bedeutung.

Warum dann nur um Gottes Willen kurz vor Haushaltsplanungsschluss noch mal eben ein paar Millionen Euro in den Ring werfen, um den Ausbau der Photovoltaik auf städtischen Dächern zu beschleunigen. Auch so ein Schaulaufen mit großer theatralischer Geste zum Beweis von Macht und Bedeutung kurz vor Haushalts-Ladenschluss.

Ich muss zugeben, dass mich das schon ziemlich aufregt. Weil es einen wenig respektvollen Umgang mit der hochkomplexen und aufwandsintensiven Arbeit der städtischen Verwaltung offenbart. Von uns hier am Tisch mal ganz zu schweigen.

Alles zur Demonstration von Macht und Bedeutung!

Keine Garantie, dass all die Aufgaben überhaupt umgesetzt werden können

Ich denke, liebe Kolleginnen und Kollegen – natürlich nur die die sich angesprochen fühlen – dass wir das gar nicht nötig haben.

Wir üben ja das Königs- und Königinnenrecht in jeder Sitzung das ganze Jahr aus. Ganz ohne Krone!

Wir haben 12 Monate hinter uns, und ich kann für mich und meine Fraktion sagen, dass die Arbeit in den Fachbereichen mit den Bürgermeistern und der Bürgermeisterin und den Mitgliedern der Verwaltung nicht nur konstruktiv, sondern auch zu jedem Zeitpunkt von großer Wertschätzung getragen war.

Die wird vom Ratstisch nicht immer erwidert. Da werden den Verantwortlichen von Verwaltungsvorlagen schon mal besserwisserisch kompletter Murks bescheinigt.

Wir leben in sehr unsicheren Zeiten. Wir können heute keine Garantie darauf geben, ob all diese im Haushalt festgelegten Aufgaben überhaupt so wie gewünscht und beschlossen umgesetzt werden können. Und das Umsetzen ist nicht die Aufgabe des Gemeinderats – Gott sei Dank. Umsetzen müssen es die Verwaltung und die Hundertschaften der städtischen Mitarbeiter.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will den Teufel nicht an die Wand malen, aber wir werden bei der Umsetzung des Haushalts 2023 druckvolle und belastende Zeiten erleben, sei es:

- bei der Umsetzung der Brückensanierungen
- beim dringenden nicht nur bezahlbaren Wohnungsbau
- bei der Mobilitätswende
- beim weiteren Ausbau der Kinderbetreuung
- bei der sozialen Abfederung der gestiegenen Energie- und Lebenshaltungskosten
- bei weiter stark steigende Personalausgaben durch hohe Tarifabschlüsse, auch bei den Zuschussempfängern
- bei der Vorbereitung des ab 2026 geltende Rechtsanspruch für Ganztagesbetreuung an den Grundschulen
- Schaffung von Wohnraum für die wachsende Bevölkerung, auch aufgrund von Migration und Flucht
- bei den dramatischen Transformationen nicht nur im Theater, sondern auch in den anderen Kultureinrichtungen

Und gleichzeitig sind wir aufgefordert in den nächsten 12 Monaten das strategische und inhaltliche Gerüst für den Haushalt 2024 zu bauen. Da sind die Themenübergänge fließend.

In unberechenbaren Zeiten warten große Herausforderungen

Meiner Fraktion waren bisher und sind auch weiterhin die folgenden Themen besonders wichtig:

1. Klares Setzen von Prioritäten und „Abschneiden alter Zöpfe“, d.h. in der Konsequenz weniger wichtige „Luxus-Ausgaben“ einzustellen.
2. Fit machen der Stadt für die immer stärker werdenden Auswirkungen des demographischen Wandels.
3. Zurückschrauben des Anspruchsdenkens. Nicht alles kann und muss von der Stadt geleistet werden.
4. Effizienzkur für die Verwaltung durch Entlastung von unnötigen und zeitfressenden Aufgaben (wie z.B. übertrieben detaillierte Berichterstattung an den Gemeinderat)
5. Sicherstellen, dass die notwendigen Rahmenbedingungen für eine weitere wirtschaftliche Prosperität in Ulm und Umgebung gegeben sind, denn alles Geld, was verteilt werden soll, muss erst einmal erwirtschaftet werden.

Ja ich weiß wir haben trotz Pandemie und Krieg und Krisen stetig wachsende Steuereinnahmen. Gott sei Dank! Aber die durch Pandemie und Krieg und Krisen stetig wachsenden Herausforderungen und Kostensteigerung zehren ja alles schon wieder auf und zwingen uns dennoch in die Schulden!

Das kommende Jahr wird wie das vergangene geprägt sein von der Gleichzeitigkeit des „Jetzt-Tuns“ – also den Haushalt 2023 in den kommenden 12 Monaten umzusetzen und zugleich vom das Morgen-Denken, um im nächsten Dezember einen dem Wohle und dem Wachstum der Stadt gerecht werdenden Haushalt 2024 zu verabschieden.

Das wird für uns alle in diesen unberechenbaren Zeiten eine große Herausforderung sein.

Für die Verwaltung und die Städtischen Gesellschaften und alle städtischen Mitarbeiter als die Entwerfer, Konzipierer und Umsetzer all dessen.

Und für uns hier am Ratstisch – die wir mit dem „Königsrecht“ ausgestattet sind als die Entscheider und Legitimierer.

Täusche ich mich oder empfinden das einige andere an diesem Tisch und hier im Saale auch so: Früher war weniger Blockbildung und parteiideologisches Denken und somit Abstimmen an diesem Tisch.

Früher war mehr Konsensbereitschaft bei den Debatten und Entscheidungen.

Das ideologiebesetzte Königsrecht führt zu Pattsituationen

Ich will das Königs- bzw. Königinnenrecht des Einzelnen hier nicht in Frage stellen. Aber wir werden nicht vorankommen und viel Zeit verlieren, wenn wir uns häufiger Abstimmungen leisten wie gestern im Bauausschuss zu Eschwiesen III.

Das beharrliche Bestehen auf das ideologiebesetzte Königsrecht führt schnell zur Pattsituation am Ratstisch und damit zur Lähmung dringend notwendiger Entwicklungen.

Dann müssen wir wie schon beim Herrmannsgarten zeitverlustige Extrarunden drehen, die die Verwaltungskräfte binden, anstatt sie für anderes freizusetzen.

Bleibt mir zum Schluss noch dies:

1. Die FDP-Fraktion stimmt dem HH 2023 uneingeschränkt zu.
2. Die FDP-Fraktion dankt den Bürgerinnen und Bürgern und den Unternehmen und dem Handwerk und dem Handel, die ihren erneut gewachsenen steuerlichen Beitrag dazu geleistet haben. Und wir ermutigen sie damit auch im nächsten Jahr fortzufahren.
3. Die FDP-Fraktion dankt den Mitarbeitern der Verwaltung und der Städtischen Betriebe für ihre aufopferungsvolle Arbeit im vergangenen Jahr und hoffentlich auch im nächsten!
4. Die FDP-Fraktion dankt der Bürgermeisterin, den Bürgermeistern und dem Oberbürgermeister für die Geduld mit der Sie uns und unsere gemeinderätlichen Unberechenbarkeiten ertragen haben.
5. Und wir danken den Kolleginnen und Kollegen hier am Ratstisch für die zwar nicht immer auf Konsens ausgelegte aber immer respektvolle Zusammenarbeit in den vergangenen Monaten.

6. Und wir danken der Presse, dass Sie immer so liebenswürdig über uns geschrieben hat!
7. Und last but not least wünschen wir uns allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein Neues Jahr in das hoffentlich der Weltfrieden Einzug hält.

FDP wieder als Fraktion im Gemeinderat

5. März 2024

Die Ulmer Stadträte Wolfgang Stittrich, Ralf Milde und Erik Wischmann bilden ab sofort eine neue FDP-Fraktion im Ulmer Gemeinderat.

Stittrich, der bisher Mitglied der GRÜNE-Fraktion war, schließt sich den beiden FDP-Stadträten Ralf Milde und Erik Wischmann an. Wolfgang Stittrich: „Ich bin zu dem Entschluss gekommen, dass ich meine Überzeugungen und Vorstellungen besser innerhalb der neuen FDP-Fraktion in den Gemeinderat einbringen kann und freue mich auf die Zusammenarbeit mit Herrn Milde und Herrn Wischmann.“

Dazu erklärt der neue Fraktionsvorsitzende Erik Wischmann: „Ralf Milde und ich schätzen Wolfgang Stittrich und seine kompetente und engagierte Arbeit als Stadtrat und Ortschaftsrat in Einsingen. Wir freuen uns, dass wir die Gelegenheit haben, mit ihm erneut eine eigene FDP-Fraktion im Ulmer Gemeinderat zu bilden. Der guten Tradition im Gemeinderat folgend, wollen wir auch als Fraktion die wertschätzende und sachorientierte gemeinsame Arbeit mit den anderen Stadträten fortsetzen.“

Der Oberbürgermeister wurde schriftlich über den Wechsel und die neue Fraktionsbildung informiert.

FDP gegen Umbenennung der Heilmeyersteige

5. März 2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir von der FDP werden der Beschlussvorlage heute nicht zustimmen. Nach wie vor halten wir es für falsch, die Heilmeyersteige umzubenennen.

Ich möchte dazu drei Gründe nennen.

Als erstes steht die Frage nach der Verhältnismäßigkeit. Ich habe, als dieses Thema zum ersten Mal in diesem Gremium behandelt wurde, auf ein zusätzliches Kriterium bei der Bewertung potentiell belasteter Namen gedrängt, nämlich die Auswirkungen einer Umbenennung mit in die Abwägung einfließen zu lassen. Dies wurde vehement abgelehnt. Heute kann ich auch besser verstehen warum, denn dann wäre ein Anhaltspunkt für Klagen gegen den heutigen Beschluss gegeben, wenn dieses Kriterium nicht angemessen berücksichtigt worden wäre.

Aber nach wie vor sind wir als Gemeinderäte angehalten, die Verhältnismäßigkeit unserer Beschlüsse zu beachten. Und hier hat die Beschlussvorlage doch einige Mängel, da die Kosten und Aufwände für die Betroffenen aber auch für die Stadt nur unzureichend beschrieben sind. Die Kosten für die Stadt werden gar nicht erst genannt und für die Bewohner wird von nur geringen Kosten und einem sehr überschaubaren Aufwand gesprochen.

Was die Anwohner anbelangt, sind die Darstellungen der Auswirkungen irreführend. Es wird von Briefpapier und Visitenkarten gesprochen, als ob wir im letzten Jahrhundert leben würden. Die meisten Anwohner dürften weder das eine noch das andere überhaupt besitzen. Nein, die Aufwände sind ganz andere. Jeder hat seine Adresse bei unzähligen Firmen

und Institutionen hinterlegt. Da überhaupt zu ermitteln, wen man alles informieren muss, ist schon ein großer Aufwand. Der nächste Schritt ist dann, die neue Adresse überall anzugeben. Da kann es dann schon passieren, dass ein automatisiertes System die neue Adresse gar nicht akzeptiert, weil es laut seiner Datenbank im Ulm keine „Eselsbergsteige“ gibt. Bestenfalls wird dann als Straße „Am Eselsberg“ eingetragen. Auch in einem Call-Center glaubten die Bearbeiter eher ihren Datenbanken als dem, was der Kunde sagt.

Wenn dann eine Firma die neue Adresse akzeptiert hat, und dann einen Brief oder eine Sendung mit der richtigen Anschrift verschickt, ist die Zustellung keinesfalls gesichert. Denn es gibt ja nicht mehr nur einfach die gute alte „Bundespost“ sondern eine große Zahl von Post, Paket- und Kurierdiensten. Auch bei denen wird eine Straßenumbenennung nicht so schnell ins System eingetragen. Und wenn dann der Paketbote im Navi die Straße „Eselsbergsteige“ eintragen will oder auf Google Maps sucht, wird er mit großer Wahrscheinlichkeit in den ersten Monaten Probleme haben. Der Satz auf Seite 3 der Vorlage **„Benachteiligungen oder Belastungen einzelner, die im Rahmen der Abwägung gegen eine Umbenennung sprechen, sind somit nicht erkennbar.“** entspricht für uns nicht der Wahrheit. Sie sind erkennbar, man muss sie nur erkennen – oder besser erkennen **wollen**.

All das ist natürlich beherrschbar und wird sich nach einem Jahr eingependelt haben. Aber ist der ganze Ärger und Aufwand für die Anwohner gerechtfertigt. Oder noch besser: Ist er notwendig?

Das führt mich zum zweiten Grund unserer Ablehnung:

Was die Aufwände und Kosten für die Stadt anbelangt, erfahren wir ja so gut wie gar nichts aus der Vorlage. Bei allen Vorlagen drängt die Finanzverwaltung sonst darauf, die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt genau darzustellen, aber in dieser Vorlage: komplette Fehlanzeige!

Die ganze Zeit wird zudem darüber gejammert, dass die Stadtverwaltung mit den ganzen Infrastrukturmaßnahmen gar nicht hinterherkommt, und jetzt sollen Grundbücher geändert, Karten geändert, Post, Telekom, Paketdienste, etc. informiert werden und die Straßenschilder ausgetauscht werden. Wir fragen uns erneut: ist das notwendig, oder binden wir hier ohne Not personelle und finanzielle Ressourcen, die wir für wichtigere Aufgaben einsetzen sollten. Haben wir nicht andere Prioritäten zu setzen?

Und somit komme ich zum dritten Punkt, der Frage nach der Notwendigkeit einer Umbenennung. Selbst wenn man die Erwägungen zu der Verhältnismäßigkeit und der Prioritätensetzung außer Acht lässt, so stellt sich doch die Frage nach der Sinnhaftigkeit einer Umbenennung.

Natürlich würde man heute im Lichte der gewonnenen Erkenntnisse keine Straße mehr nach Prof. Heilmeyer benennen. War die Benennung damals also ein Fehler? Nein, sie erfolgte nach bestem Wissen und Gewissen der damaligen Entscheidungsträger, denen Heilmeyer als großer Mediziner bekannt war, der sich um die Stadt Ulm verdient gemacht hatte.

Zu jeder Zeit wurden Straßen nach Personen benannt, die zum jeweiligen Zeitpunkt großes Ansehen genossen. Das war übrigens auch in der NS-Zeit so, als Straßen nach Nazi-Größen benannt wurden. Auch in der DDR war man schnell dabei, Straßen und Plätze nach Ernst Thälmann, Lenin oder Stalin zu benennen. Überhaupt war man gerade in der DDR ganz schnell mit der Aufarbeitung von Schuld und Verantwortung und erklärte sich einfach zu einem antifaschistischen Staat. 50 Jahre lang wurden die Menschen mit antifaschistischen Parolen überhäuft. So glaubte man, den Faschismus aus den Köpfen zu kriegen. Schaut man sich heute die Wahlergebnisse im Osten an, so darf man bezweifeln, ob das den gewünschten Effekt hatte.

Wir setzen uns doch nicht mit der NS-Vergangenheit auseinander, in dem wir die Namen von Menschen aus dem Straßenbild tilgen, die in irgendeiner Weise „belastet“ sind. Nach dem Motto „Schild ausgetauscht und gut ist!“, oder wie?

Natürlich müssten wir eine Straße, die nach jemandem benannt ist, den viele Menschen mit dem Nazi-Regime in Verbindung bringen, umbenennen. Aber wenn wir bereits das Fehlverhalten von Ludwig Heilmeyer als Grund für die Tilgung aus dem Straßenbild ansehen, wo setzen wir dann ein Ende? Benennen wir dann in ein paar Jahren die Wagner-Straße, die Martin-

Luther-Kirche und den Bismarckring um? Und sind nicht die ganzen Kriegs-Straßen in der Weststadt (Sedan-Straße, Moltke-Straße) als nächste dran? Der Hindenburgring steht ja schon auf der Abschlusliste. Wo machen wir Schluss?

Und was würden wir eigentlich machen, wenn ein akribischer Forscher einmal herausfinden sollte, das Albrecht Ludwig Berblinger sich zu Lebzeiten etwas hat zuschulden kommen lassen, sich gar – wie zum Beispiel Martin Luther – antisemitisch geäußert hat. Wir der neue Berblinger-Turm dann wieder abgerissen? George Washington hat Sklaven gehalten, dennoch kam niemand in den USA nach dem Bürgerkrieg auf die Idee, die Hauptstadt umzubenennen.

Ich ziehe das Fazit: Die Umbenennung ist nicht notwendig, ist nicht verhältnismäßig und widerspricht unseren kommunalen Prioritäten.

Daher wäre die Umbenennung aus unserer Sicht eine falsche Entscheidung. Wir können sie daher nicht mittragen.

Sicherheit und Ordnung

5. März 2024



Vergangenen Mittwoch hat das Polizeipräsidium Ulm im Gemeinderat über die Sicherheitslage der Stadt berichtet. Dabei wurde festgestellt, dass entsprechende Statistiken eindeutig positiv sind. Ulm ist im nationalen, und erst Recht im internationalen Vergleich, eine sehr sichere Stadt.

Trotzdem erkennt man, dass viele Menschen die Lage anders wahrnehmen und sich unsicherer fühlen als früher. Dieser große Unterschied zwischen der objektiven Sicherheit und dem subjektiven Empfinden liegt daran, dass die Welt sich verändert und auch Ulm immer bunter und internationaler wird, was die FDP-Fraktion ausdrücklich begrüßt. Gerade diese Vielfalt verängstigt aber auch viele Menschen und es wird dauern, bis diese „Unordnung“ zur neuen Normalität wird. Für die Stadt Ulm gilt es nun, in der Gesellschaft Respekt vor den unterschiedlichen Ansichten und Lebensweisen zu verbreiten.

Andere Maßnahmen wie ein Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen oder mehr Videoüberwachung sind dagegen, wie auch Polizei und Stadtverwaltung immer wieder betonen, nicht erforderlich und wären auch gesetzlich gar nicht zulässig. Eine nicht notwendige Überwachung würde die Menschen in ihrer Freiheit unnötig einschränken und eher noch zur Verunsicherung beitragen. Daher lehnt die FDP-Fraktion derartige Ansinnen, die immer wieder aufgebracht werden, strikt ab.

Förderung im Bereich Tanz

5. März 2024



Um die freie Tanzszene und die freien Compagnien in Ulm bestmöglich zu unterstützen, hat der Kulturausschuss beschlossen, die bisher befristete jährliche Förderung in Höhe von 120.000 € dauerhaft zu verlängern. Im Förderzeitraum 2016-2018 ist das Geld folgendermaßen verteilt: Die Strado Compagnia Danza bekommt 50.000 €, während das Tanzfestival Ulm Moves 30.000 € Zuschuss erhält. Das restliche Drittel wird dabei jährlich neu vergeben. Die FDP-Fraktion begrüßt die Entscheidung, die hervorragende Ulmer Tanzszene finanziell zu unterstützen. Wir sind zudem froh darüber, dass ein Teil des Geldes jedes Jahr neu vergeben wird, was innovativen Projekten und der Vielfalt allgemein zugutekommt.

Neues zum Berblinger Jubiläumsjahr

5. März 2024



Der Kulturausschuss hat sich jetzt endlich darauf geeinigt, wie man Albrecht Berblinger in seinem Jubiläumsjahr 2020 ehrt. Dazu soll es neben einem großen, einwöchigen Festival an der Donau, für das unter anderem ein Musical und ein Open-Air Kino beabsichtigt sind, auch einen Ideenwettbewerb und diverse Ausstellungen geben. Ebenso geplant ist eine, an die Kulturnacht angelehnte, Nacht der Innovationen und ein Donauflug, der mit überschaubarem Aufwand durchgeführt werden soll. Gerechnet wird mit Kosten in Höhe von 1.075.000 €. Zudem wird von der Verwaltung die Möglichkeit geprüft, eine Skulptur zu Ehren Berblingers zu errichten.

FDP-Fraktionsmitglied Ralf Milde: „Uns freut es, dass sich die Mehrheit des Ausschusses für ein würdiges Andenken von Berblinger entschieden hat.“

Public Viewing WM 2018

5. März 2024

Der Hauptausschuss des Ulmer Gemeinderates hat beschlossen, der Ulmer City Marketing e.V. auf dem Münsterplatz eine Public-Viewing-Veranstaltung zur WM 2018 zu gestatten. Übertragen werden sollen alle Spiele mit deutscher Beteiligung, das Finale, das Spiel um Platz 3 und eventuell die Halbfinalpartien. Das Sicherheitskonzept wird dabei wie in den vorangegangenen Europa- und Weltmeisterschaften mit der Polizei und der Feuerwehr abgesprochen. Geplant ist außerdem eine Sicherheitsgebühr zur Deckung der Kosten.

Die FDP-Fraktion hat diesem Antrag gerne zugestimmt und freut sich, dass Fußballfans eine derartige Veranstaltung auf dem Münsterplatz angeboten wird.

Update zum Orange Campus

5. März 2024

Vor Kurzem hatte der BBU '01 verkündet, dass man von den drei Volks- und Raiffeisenbanken Langenau-Ulmer Alb, Laupheim-Illertal und Neu-Ulm eine Zusage für ein Darlehen in Höhe von 9 Millionen Euro erhalten habe. Infolgedessen wurden neue Unterlagen eingereicht und der Ulmer Gemeinderat wird sich wie immer wieder seit Ende September, als die Entscheidung über den Orange Campus vertagt wurde, weiter intensiv mit dem Thema befassen.

Dazu der Fraktionsvorsitzende der FDP, Erik Wischmann:

„Die FDP-Fraktion freut sich, wenn das Projekt Orange Campus alle noch bestehenden Hürden überwinden und realisiert werden kann. Allerdings obliegt es dem Gemeinderat und seinen zuständigen Gremien, die Feststellung zu treffen, ob die gesetzten Bedingungen vollumfänglich erfüllt worden sind und die gewünschten Zuschüsse und Darlehen gewährt werden können. Die hierzu neu vorgelegten Unterlagen werden wir in den nächsten Tagen gründlich prüfen und zusammen mit den anderen Fraktionen erörtern. Die Erfahrung hat gezeigt, dass man vorschnelle Bewertungen in diesem Zusammenhang besser unterlassen sollte. Auf keinen Fall wird sich die FDP-Fraktion unter Druck setzen lassen, egal von welcher Seite.“
